

«..., bei den Medien gehts um die Demokratie»

Zahlreiche Mitglieder des Grossen Rates sorgen sich um die Medienvielfalt im Kanton Bern

Ein Vorstoss von Jakob Etter (BDP/Treiten) löste gestern im Grossen Rat eine Mediendebatte aus. Die Bevölkerung habe ein Recht auf Informationsvielfalt, sagte Etter: «Wenn guter Journalismus fehlt, dann kommt die Kantonspolitik unter die Räder.» Etter forderte den Regierungsrat auf, bei der Tamedia «leidenschaftlich und entschlossen zu intervenieren». Auch Dieter Widmer, der Wanzwiler BDPLer, war früher selber Journalist, rief Bevölkerung, Behörden und Parteien auf, zu dokumentieren, dass ihnen die Entwicklung der Berner Zeitungslandschaft nicht gleichgültig sei. «Es wäre positiv, wenn sich Private finden liessen, die zur <Bund>-Rettung Geld zur Verfügung stellen würden.»

«Wir reden nicht nur vom <Bund>, sondern von der Presse allgemein», sagte Roland Näf (SP/Muri). Das Zeitungsterben in den USA werde sich auch in der Schweiz ausbreiten. Näf: «Bei der UBS ging es um die Wirtschaft, bei den Medien um die Demokratie.» Zeitungen wie Berner Rundschau/Langenthaler Tagblatt, Berner Zeitung und Der Bund erfüllten eigentlich einen öffentlichen Auftrag. Näf: «Ich kann mir dafür im Rahmen eines Leistungsauftrages eine Abgeltung vorstellen. Die SP überlege sich, eine Motion einzureichen mit entsprechenden Forderungen. «Das kommt nicht infrage», lehnt der Berner Christoph Stalder - der FDPLer ist Mitglied im Komitee «Rettet den Bund» - eine finanzielle Hilfe zu- lasten der Steuerzahler ab. Er bat jedoch Grossräte und Regierung um Unterzeichnung einer Resolution. Darin werden die Verlagshäuser aufgerufen, «nicht nur nach betriebswirtschaftlichen, sondern auch nach publizistischen Kriterien zu entscheiden».

Die Mediennutzung habe sich verändert, sagte Reto Steiner (EVP/Langenthal). Es gebe keinen Einheitsbrei. «Im Gegenteil. Mit Tamedia und AZ-Medien von Peter Wanner sind zwei der grössten Schweizer Verlagshäuser im Kanton Bern aktiv.» (uz)